

Völlig überflüssig

Seit dem Münchner Banküberfall suchen sich Bundesregierung und Opposition als Ordnungshüter zu profilieren.

Bonn's Sheriff zog zuerst. Am Freitag vorletzter Woche, nur wenige Stunden nach dem letzten Schuß in einer Serie von bewaffneten Banküberfällen, beorderte Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher „angesichts der bedrohlichen Entwicklung der Gewaltkriminalität“ die Polizeiminister der Länder zum Rapport.

Auf einer Konferenz der Innenminister sollte die eilig zusammengerufene Runde nach dem Wunsch ihres quicken Bonner Amtskollegen „geeignete, unter allen Verantwortlichen abgestimmte Maßnahmen zum Schutze gegen derartige Gewaltverbrechen beraten“.

Angelockt von Genschers Schnellschuß, tauchten allenthalben selbsternannte Schutzleute der Republik mit populären Ratschlägen für Sicherheit und Ordnung auf, die freilich allesamt wenig geeignet scheinen, schwere Verbrechen zu verhindern.

In Mainz kündigte der rheinland-pfälzische CDU-Ministerpräsident Helmut Kohl an, er werde im Bundesrat eine Novelle zum Haftrecht einbringen. Nach dieser Lieblingsidee der Christen-Union soll der Katalog der Haftgründe erweitert werden, um einer Wiederholungsgefahr vorzubeugen.

Bankräuber Rammelmayer, so Kohl, sei eine Woche zuvor bei einem Einbruch ertappt, aber wieder freigelassen worden. Wäre er hinter Schloß und Riegel geblieben, hätte er den Bankraub nicht begehen können. Nach der Kohl-Logik müßten demnach Diebe vorsorglich eingesperrt werden, um die Allgemeinheit vor Schwerverbrechern zu schützen.

Vom Tatort München meldete sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Manfred Wörner, mit einem Potpourri von Vorschlägen: Der Staat soll mehr Polizisten einstellen und sie besser bezahlen, die Gerichte sollen bei Rauschgifthändlern strenger durchgreifen und die Bürger ihr Gewissen schärfen.

Die eilfertigen Rezept-Aussteller hatten ein gemeinsames Motiv: Sie wollten sich dem beunruhigten Bürger durch markige Sprüche empfehlen. Durchsichtig war auch der Show-Effekt von Genschers Bonn-Einladung. So argwöhnte der niedersächsische Innenminister Richard Lehnert (SPD): „Genscher macht sich wieder einmal zum



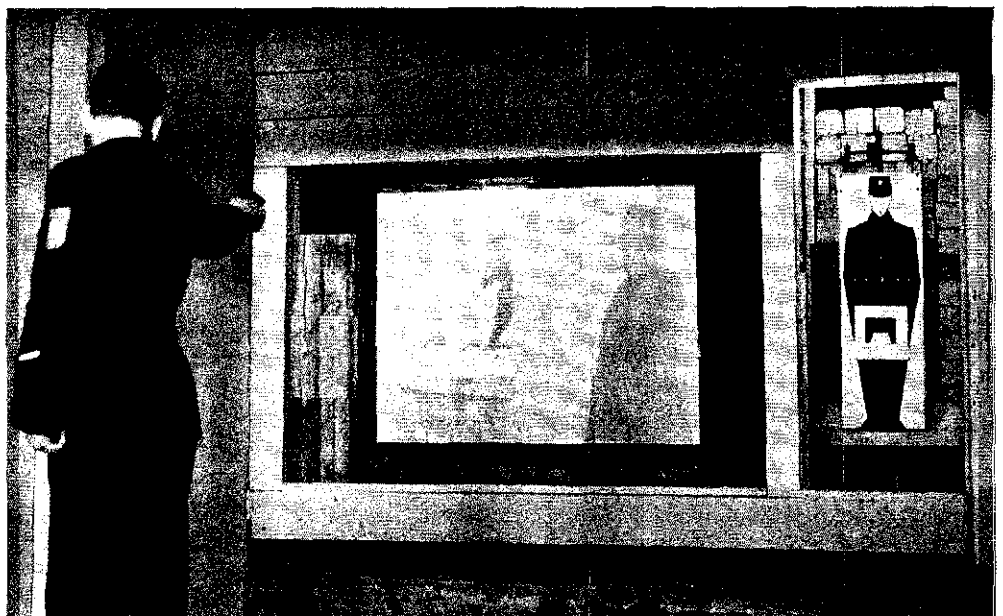
Polizeiminister Genscher
„Worte ohne Taten“

Vorreiter einer Bewegung, ohne seinen Worten Taten folgen lassen zu können.“

Auch Willi Weyer, freidemokratischer Polizeichef im Düsseldorfer Kabinett, rüffelte seinen Parteifreund: „Ich halte eine solche Konferenz für völlig überflüssig.“

Doch zuletzt ließen sich auch die widerstrebenden Innenminister die von Genscher offerierte Gelegenheit nicht entgehen, ihre Law-and-order-Gesinnung bundesweit vorzuzeigen. Sie nahmen die Einladung nach Bonn an.

Den Anschein ernsthafter Bemühung wollten sie freilich aufrechterhalten. Deshalb forderten sie, daß bis zum angesetzten Termin konkrete Vorschläge zur Verbrechensbekämpfung vorliegen. Willi Weyer: „Ohne diese Unterlagen kommen bei der Sitzung nur Geschichten mit Fernsehen und Pressekonferenz heraus.“



Polizei-Schießkino: „Verhältnismäßig fast sehr gut“

Zitternde Hand

Unzureichendes Schießtraining und wirklichkeitsfremde Ausbildungsmethoden vor allem sind schuld daran, daß westdeutsche Polizisten im Ernstfall häufig versagen.

Statt — wie gesetzlich vorgeschrieben — flüchtende oder Widerstand leistende Straftäter durch gezielte Schüsse nur flucht- und kampfunfähig zu schießen, werden westdeutsche Polizisten ungewollt zu Scharfrichtern — weil sie nicht richtig schießen können.

Auf dem Pflaster der Hamburger Reineckestraße verblutete am 15. Juli das Apo-Mädchen Petra Schelm, 20. Statt Beine oder Arme zu treffen, hatte ein 27 Jahre alter Polizist der bewaffneten Fluchtenden eine MP-Kugel in den Kopf geschossen.

In seinem Auto erlitt Ende Mai in München-Schwabing der Ausbrecher Hans Albert, 27, tödliche Schußverletzungen. Um ihn an der Flucht zu hindern, hatten Kripo-Beamte etwa zehn Schüsse auf Alberts Wagen abgegeben.

Unter den MP-Feuerstößen und gezielten Schüssen aus Polizeikarabinern schließlich sackte vorletzte Woche in der Münchner Prinzregentenstraße der Bankräuber Hans Georg Rammelmayer, 31, tot zusammen.

In Mühlheim exekutierte unlängst ein Polizist einen Einbrecher unbeabsichtigt durch einen Bauchschuß; in St. Georgen tötete ein Beamter, der einen Amokschützen jagte, einen Unbeteiligten durch einen Kopfschuß — Folgen

einer meist unzureichenden Schießausbildung bei Westdeutschlands Polizeien und der oft auch noch wirklichkeitsfremden Trainingsmethoden.

Das dämmert — spätestens nach der Schießerei in der Münchner Prinzregentenstraße — auch zuständigen Behörden und Befehlshabern bei der Polizei. So hält das hessische Innenministerium „im Interesse der Sicherheit beim Gebrauch der Schußwaffe“ eine Intensivierung der Schießausbildung für „wünschenswert“. Stuttgarts Polizeipräsident Paul Rau bedauert, „daß wir für die Schießausbildung nicht mehr Zeit haben“. Weil die „personelle Decke juckt“, so auch Schutzpolizei-Kommandeur Kurt Schilling, trainieren Niedersachsens Polizisten auf dem Schießstand seltener, als sie sollten.

Selbst die Führung der West-Berliner Polizei, die Polizei-Schützen wie der Kripo-Mann Karl-Heinz Kurras (der den Studenten Benno Ohnesorg erschoss) oder der Obermeister Horst Salzwedel (der letzten Januar den mutmaßlichen Autodieb Peter Braatz durch einen Genickschuß niederstreckte) in den Ruch einer schußfreudigen Polizeimacht brachten, urteilt über die Schießausbildung: „Man könnte mehr machen“ (Leitender Polizeidirektor Günter Dittmann). Und Oberpolizeirat Hermann Friker von der Landpolizeidirektion Oberbayern findet das polizeiliche Schießtraining „recht dürftig“.

Was hinreichend wäre, untersuchten Schießexperten wie der Schwarzwälder Waffen-Publizist und Sport-Pistolen-schütze Hans J. Stammel — monatlich mindestens 100 Schuß, um mit der Waffe fit zu bleiben. Hauptkommissar Gerhard Wetschereck, Fachlehrer an der Essener Landespolizeischule und Autor einer unlängst veröffentlichten Fachstudie („Die Schießausbildung der deutschen Polizei: ein Trauerspiel?“), hält 100 Schuß im Vierteljahr für ausreichend, um durchschnittlich schießbegabte Beamte mit ihrer Dienstwaffe, der 7,65-Millimeter-Walther-Pistole, im Training zu halten.

Kurt Rosewich, Polizei-Inspekteur im baden-württembergischen Innenministerium, wiederum würde alle Polizeidienststellen am liebsten so ausgestattet sehen, daß „jeder Beamte zehn Schuß abgeben kann, bevor er seinen Dienst antritt“ — macht pro Jahr annähernd 2500 Schuß.

Doch Westdeutschlands Polizisten erreichen in aller Regel weder das eine noch das andere Mindest-Soll, es sei denn, sie betreiben — wie Frankfurter Polizisten im SV Grünweiß oder die vornehmlich aus Sportschützen und Jägern rekrutierten sogenannten Präzisionsschützen der Münchner Stadtpolizei — das Schießen als Hobby außerhalb der Dienstzeit.

Laut Dienstplan geben übende Berliner Polizisten beispielsweise pro Jahr

OTTO KÖHLER

Charme der Scheine

Um 2.30 Uhr nachts, knapp drei Stunden nachdem die von Staatsanwalt Sechser angeführte Münchner Polizei unter minimalem Verlust von Menschenmaterial die zwei Millionen der Deutschen Bank gerettet hatte, war der erste Vorvertrag unterschrieben: Die Verkäuferin Friederike Schwind, kaum den erfolglosen Gangstern entflohen, war sofort den erfahrenen Wegelagerern der Bauer-Illustrierten „Quick“ in die Hände gefallen. Sie durfte noch vor der Polizei aussagen, dann verschwand sie spurlos. Die „Quick“-Leute hatten ihre Aussage eingekauft und wollten, daß niemand sonst etwas von ihr erfahre.

Die zweite Geisel, Elke Schmitz, konnte sich gerade noch ein paar Stunden im Krankenhaus von den Schlägen der Polizei erholen, dann wurde auch sie von der „Quick“-Bande gefaßt und verschwand.

Auch die dritte Geisel, Ilse Schwinger, die sich den Pistolen-Männern durch einen vorgetäuschten Herzanfall entzogen hatte, erlag den Verfolgungen der „Quick“-Männer und blieb, obwohl von der Polizei gesucht, tagelang unerreichbar. „Der letzte, der in ihrer Wohnung den Telephonhörer abhob, war ein „Quick“-Reporter“, meldete die „Frankfurter Rundschau“.

Die zehnköpfige Greiftruppe, mit der „Quick“ zum Banküberfall ausgeschwärmt war, hatte also alle drei weiblichen Geiseln, die überlebten, fest in ihrer Hand. Die Konkurrenz vom „Stern“ blieb ohne Exklusiv-Zeugen. „Stern“-Chef Nannen vermerkte statt dessen in einem Leitartikel die „merkwürdige Kumpanei, die sich zwischen Gangstern“ — er meinte die Bankräuber — „und Geiseln“ entwickelt hatte, und mokierte sich mit einem Wohl-Satz sogar über die tote Geisel: „Selbst Ingrid Reppel hatte sich wohl dem Charme der Räuber und der Scheine nicht entziehen können.“

Auch Nannen hätte gern den Charme seiner Scheine bei den Geiseln wirken lassen. Obwohl er die Schlacht um die Zeugen verloren hat, bekennt er sich mit sympathischer Ehrlichkeit zum „Quick“-Prinzip, Zeugen aufzukaufen und verschwinden zu lassen. Freilich mit einer für den Philanthropen Nannen bezeichnenden Begründung. Wenn Politiker — wie Adenauer — ihre Memoiren schreiben, sagt Nannen, verdienen sie eine Menge Geld. War-

um sollten weniger begüterte Leute, die Zeugen eines außerordentlichen Ereignisses werden, nicht auch ein paar Scheine einstecken können.

Nur schade, daß der Bundesgerichtshof schon früher für Nannens karitatives Prinzip kein Verständnis aufbrachte. Als er einmal für 250 000 Mark alle elf geretteten Bergleute von Lengede zur exklusiven Auswertung aufgekauft hatte, prozessierte er gegen die „Bild“-Zeitung, die gleichfalls Erzählungen der Bergleute veröffentlichte. Das Karlsruher Gericht entschied gegen Nannen, weil durch seinen Zeugen-Kauf Informationsquellen verstopft werden könnten, die für alle dasein müssen.

Da es jetzt in München keine Exklusiv-Zeugen mehr zu kaufen gab, wollte der „Stern“ wenigstens den überlebenden Täter für sich allein haben. Also wurde Todorovs Pflichtverteidiger, der Rechtsanwalt Werner Götz, vom „Stern“ beauftragt, gegen ein anständiges Honorar Todorov auf einem Tonband „Stern“-Fragen beantworten zu lassen.

Doch wieder hatten andere schneller eingekauft. Als der für den „Stern“ tätige Rechtsanwalt am vorletzten Freitag mit seinem Tonband zu Todorov wollte, wurde er abgewiesen. „Verwandte“ Todorovs — hieß es — hätten einen anderen Rechtsanwalt mit der Verteidigung beauftragt. Zwei Tage später erschien „Bild am Sonntag“ und meldete:

Gestern brach Dimitri Todorov sein Schweigen. Exklusiv berichtete er „Bild am Sonntag“:

So wurde ich zum Verbrecher.

So planten wir den größten Coup unseres Lebens.

Und so wollten wir mit unserer Beute ein neues Leben beginnen.

Wie gut sich das fügte. Schon Geisel Elke Schmitz hatte in ihrer „Quick“-Aussage hervorragend den Ton ihres Mediums getroffen (über Rammelmayr: „Seine Augen... waren kalt und brutal“; über Todorov: „Ich sah nur, daß er hübsche braune Augen hatte“). Gangster Todorov aber („Ich träumte von einem sorgenfreien Leben“) formulierte seine Aussagen in solch gekonntem „BamS“-Deutsch, daß sich seiner Zukunft als „BamS“-Reporter eigentlich nur noch ein Gericht für einige Jahre in die Wege stellen könnte.

nur 31 Schuß mit der Pistole, 18 Schuß mit dem Gewehr G 3 und 25 Schuß mit der MP ab.

Münchner Stadtpolizisten absolvieren ein Schieß-Pflichtprogramm von jährlich vier Übungen à zehn Schuß mit der 7,65er Pistole. Eine Ausbildung mit Maschinenpistolen, mit denen Sonderdienst-Beamte wie Streifen-Polizisten bewaffnet sind, bleibt weitgehend dem Zufall überlassen. Dennoch, das meint jedenfalls Oberkriminalrat Georg Schmidt, Referent für „äußere Führung“ im Polizeipräsidium, schießen Münchens Polizisten „verhältnismäßig fast sehr gut“.

Frankfurter Polizisten müssen jährlich sechs Pistolen-Übungen mit je sechs Schuß hinter sich bringen. Jüngere Bereitschaftspolizisten schießen außerdem mit MP und Gewehren.

Sogenannte Schießkinos, bei denen auf Filmen agierende Personen Ziele abgeben, sind bei Westdeutschlands Polizisten noch die Ausnahme. Meist schießen Polizisten auf Ringscheiben und Pappkameraden. Ringscheiben und Pappkameraden aber, an denen Generationen deutscher Krieger ausgebildet wurden, sind, wie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) letztes Jahr in einem Bericht über die „Situation der Schutzpolizei“ monierte, „polizeifremde Ziele“. Denn: „Ringscheiben verlangen den Schuß ins Zentrum. Das aber ist im Ernstfall ein Bauchschuß. Der Treffer in Kopf oder Rumpf“ — wie beim Pappkameraden verlangt — „ist für Polizeibeamte ein Fehlschuß.“

Sind die Gelegenheiten der Polizisten, die Treffsicherheit zu erproben, schon rar, so fragt meist auch niemand danach, mit welchen Erfolgen die Beamten ihre spärlichen Übungen absolvieren. Ausbilder Wetschereck weiß aus Erfahrung: „Wenn ein Beamter die Bedingungen erfüllt, so ist es gut; wenn er sie nicht erfüllt, kümmert sich in der Regel niemand darum.“

Überdies vollzieht sich der Betrieb auf bundesdeutschen Polizei-Schießständen meistens nach einem preußischem Kommißbetrieb entlehnten Ritual, so daß „man annehmen muß, nicht das Schießen, sondern die Einhaltung von Form- und Sicherheitsvorschriften soll geübt werden“ (GdP-Denkschrift).

So muß mehrfach das „Eintreffen des Beamten auf dem Schießstand“ urkundlich bestätigt werden sowie die „Abgabe eines Schusses“. Es gibt Richtlinien für die Funktionen eines den Schießbetrieb „Leitenden“. Eine „Aufsicht auf dem Stand“ ist eingeteilt ebenso wie eine „Aufsicht beim Schützen“, ein „Patronenausgeber“ und ein „Schreiber“.

Solche Rituale sind nach Auffassung des Esseners Wetschereck „Gängeleien“, auf die „vielleicht . . . manche

Kurzschlußhandlungen beim Schußwaffengebrauch“ zurückzuführen seien: „Wenn man vom Einzeldienstbeamten im Ernstfall neben der rechtlichen Würdigung eine schnelle und sichere Handhabung der Schußwaffe verlangt“, so der Polizei-Lehrer, „dann sollte man ihn auch beim Schulschießen eigenverantwortlich handeln lassen.“

Mit welcher Verfassung seines für den Ernstfall untrainierten Verfolgers demnach ein flucht- oder angriffswilliger Straftäter rechnen muß, beschreibt der Münchner Oberkriminalrat Schmidt so: „Da steht der Beamte nun. Mit erhöhter Herzstätigkeit. Er atmet, seine Hand zittert.“

HILFSPOLIZEI

Nachts zu zweit

Die „Aufstellung einer Hilfspolizei“ fordert Richard Sperber, Mitglied des niedersächsischen FDP-Vorstands. Niedersächsische Bürgerschützen sollen mit Kleinkaliber-Gewehren Streife gehen.

Der grauhaarige Mann mit den breiten Schultern in wetterfester Khakikluft schnallte den Patronen-Gurt um die Hüfte, ließ die blanken Colts in die Futterale gleiten, heftete sich den She-



Freidemokrat Sperber
Colts im Futteral

riff-Stern an die linke Brust und zog den Hut ins Gesicht.

Nur von seinem Neffen begleitet, der das Sternbanner trug, wagte er sich auf die Hauptstraße. Doch der Bandit, der voriges Jahr an gleicher Stelle einen Bankbeamten beraubt hatte, ließ sich nicht blicken.

Das war Ende vergangenen Monats in Stelingen, Kreis Neustadt am Rüben-

berge: Richard Sperber, 50, Mitglied des niedersächsischen FDP-Landesvorstandes, demonstrierte mit Spielzeug-Schießbeisen vor der Kreissparkasse der 1500-Seelen-Gemeinde für Law and Order und „für die Polizei“.

Vorletzte Woche — drei Tage nach den Schüssen in der Münchner Prinzregentenstraße — brachte der Sheriff-Darsteller vom Rübenberge die Niedersachsen-FDP ins Gerede. Sperber, der bis zum Landtagswahldebakel vor Jahresfrist und dem Auszug aus dem Parlament Pressesprecher der hannoverschen Liberalen war, schrieb einen Brief an SPD-Innenminister Richard Lehnert: „Betr.: Aufstellung einer Hilfspolizei.“

Gun-man Sperber hat 15 Jahre in Amerika gelebt, zuletzt in Chicago. Dort lernte er, wie er mitteilte, die „Beteiligung des einzelnen Bürgers an öffentlichen Belangen“ schätzen. Nun will er auch im Kreis Neustadt den „Schutz der Bevölkerung nicht länger allein der Regierung überlassen“.

Richard Sperber empfiehlt Richard Lehnert: „Aus den in unserem Kreisgebiet bestehenden Schützenvereinen soll eine Hilfspolizei aufgestellt werden.“

Die Schützen-Polizisten („Man könnte auch auf Bundeswehr-Reservisten zurückgreifen“) sollten uniformiert und mit einer „amtlichen Armbinde versehen“ nach „streng geheim“ gehaltenem Dienstplan durch Orte ohne eigene Polizeistation patrouillieren, um so das Recht in die eigenen Hände zu nehmen — am Tag allein und nachts als Doppelstreife.

Mit Kleinkaliber-Gewehren bewaffnet, würde die Bürgerwehr, so Sperber, „manchen Täter von einer Straftat abschrecken“ — für Stelingen würde ein 20-Mann-Korps fürs erste wohl genügen. Und um die „Gefahr der Verletzung unschuldiger Personen durch über-eifrige Schützen zu verringern“, schlägt der FDP-Politiker vor, die Waffenträger in Wochenendkursen auf den Ehrendienst vorzubereiten.

Sperber hat alles bedacht: „Sollte die gesetzliche Basis dafür noch nicht vorhanden sein“, so sein Ratschlag an Lehnert, „so könnte sie durch den Landtag geschaffen werden.“

Einstweilen freilich steht der „Sheriff von Stelingen“ (Plakattext) in seiner Partei allein wie Gary Cooper um zwölf Uhr mittags. Winfrid Hedergott, einst FDP-Fraktionsvorsitzender, ärgert sich über den Parteifreund: „Er gefällt sich manchmal darin, aus dem Wilden Westen so Beispiele zu bringen.“ Bernhard Baier aber, Chef des Referats für Sicherheit und Ordnung im Innenministerium, spottet: „Das kann man wirklich nur von der humoristischen Seite nehmen.“

Wilhelm Pflingsten hingegen, Kreisvorsitzender des Schützenverbandes, nimmt die Sache ernst: „Ich kann doch keinem Menschen zumuten, sich tot-schießen zu lassen.“